

Kurzbericht

öffentlich

42. Sitzung – Ausschuss für Wissenschaft und Kunst

10. Juni 2022, 9:30 bis 10:58 Uhr

Anwesend:

Vorsitz: Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

CDU

Andreas Hofmeister
Frank Steinraths

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nina Eisenhardt
Frank-Peter Kaufmann

SPD

Ulrike Alex
Gernot Grumbach
Marius Weiß

AfD

Robert Lambrou

Freie Demokraten

Dr. Stefan Naas

DIE LINKE

Elisabeth Kula


Fraktionsassistentinnen und -assistenten:

CDU: Johannes Schäfer
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Inga Winterberg
 SPD: Anja Kornau
 AfD: Dr. Wolfgang Heinrich
 AfD: Klaus-Peter Kaschke
 Freie Demokraten: Natalie Maximiliane Rink
 DIE LINKE: Nicole Eggers

Landesregierung, Rechnungshof, etc.

Name – bitte in Druckbuchstaben ergänzen –	Amts- bzw. Dienstbezeichnung	Ministerium, Behörde
Owe Becher	Bundrat	StM Beauftragter
Birgit Hill	RDin	StM
Angelika Dorn	Min	HMWK DA
Sebastian Vannu	ER	HMWK

Protokollführung: Maximilian Sadkowiak, Heike Schnier, Kathrin Wolf

Inhaltsverzeichnis:

1. **Dringlicher Berichts Antrag**
Fraktion der Freien Demokraten
Antisemitismus-Vorwürfe gegen die documenta
– Drucks. [20/8593](#) – **S. 4**

2. **Verschiedenes**
Kursorische Lesung Einzelplan 15 **S. 29**

Vor Eintritt in die Tagesordnung

kommt der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst auf Bitten der antragstellenden Fraktion der Freien Demokraten überein, Tagesordnungspunkt 1 in öffentlicher Sitzung zu beraten.

1. **Dringlicher Berichts Antrag**
Fraktion der Freien Demokraten
Antisemitismus-Vorwürfe gegen die documenta
– Drucks. [20/8593](#) –

Vorbemerkung der Fragesteller

Im Frühjahr 2022 wurden durch einen Bericht auf dem Blog des 'Bündnis gegen Antisemitismus Kassel' Antisemitismus-Vorwürfe gegen die documenta laut. Im Kern kritisierte das Bündnis insbesondere zwei Mitglieder des Kuratorenkollektivs „Ruangrupa“, dem die künstlerische Leitung der documenta übertragen wurde. Beide hätten, so das Bündnis, in der Vergangenheit antizionistische und israelfeindliche Positionen vertreten. Darüber hinaus erhebt das Bündnis auch Vorwürfe gegen das eingeladene palästinensische Künstlerkollektiv „The Question of Funding“.

Um den anhaltenden Diskussionen auch öffentlich Raum zu geben, wurde zunächst eine Diskussionsreihe mit dem Titel „We need to talk! Art – Freedom – Solidarity“ geplant, vom Team der documenta nach Kritik unter anderem des Zentralrates der Juden in Deutschland jedoch wieder abgesagt.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst (WKA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

Ministerin **Angela Dorn**: Ich gehe davon aus, dass ich die Vorbemerkung der Fragesteller und die Fragen nicht vorlesen soll. – Wunderbar.

(Abg. Dr. Stefan Naas: So wie es der Kollege Al-Wazir auch macht!)

– Das entzieht sich meiner Kenntnis, aber, wenn wir das gleich machen, dann klingt das doch nach einem guten Verfahren.

Dann beginne ich mit der Vorbemerkung: Antisemitismus ist aus Sicht der Landesregierung eines der drängendsten Probleme für das Zusammenleben in einer offenen und vielfältigen Gesellschaft. Sie geht deshalb allen Hinweisen auf mögliche antisemitische Vorfälle jederzeit aufmerksam nach. Die Landesregierung tritt Antisemitismus in jeder Form entschieden entgegen – das gilt selbstverständlich auch für anti-israelischen Antisemitismus. Antisemitische Ressentiments

und Antisemitismus dürfen auf der documenta nicht zum Ausdruck kommen. Das hat die documenta und Ruangrupa auch selbst immer wieder betont. Es liegen mir auch keine Hinweise auf Antisemitismus in den Kunstwerken auf der documenta vor.

Zugleich hält die Landesregierung die Freiheit der Kunst für einen maßgeblichen Bestandteil der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Deshalb nimmt sie keinen Einfluss auf kreativ-künstlerische Entscheidungen etwa der künstlerischen Leitung der documenta.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Fragen wie folgt:

Frage 1. Seit wann hat die Landesregierung Kenntnis über die Vorwürfe gegen die verschiedenen Beteiligten der documenta?

Frage 2. Wie hat die Landesregierung von den Vorwürfen Kenntnis erlangt?

Die Fragen 1 und 2 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Landesregierung hat über die Presseberichte im Januar 2022 – „DIE ZEIT“, 12. Januar 2022 – Kenntnis von den Vorwürfen erlangt.

Frage 3. Wie ordnet die Landesregierung die Kritik an der documenta ein?

Die Landesregierung kann angesichts des wachsenden Antisemitismus jede Sorge der jüdischen Gemeinschaft um Angriffe und Ressentiments nachvollziehen. Die Vorwürfe, die im zugrundeliegenden Blogbeitrag des „Kasseler Bündnis gegen Antisemitismus“ erhoben werden, betrachtet sie jedoch als in seinem Duktus fragwürdig und in einigen Teilen nicht ausreichend validiert. So sind beispielsweise mittlerweile Beiträge veröffentlicht worden, auch aus wissenschaftlicher Perspektive, die die im Blog-Beitrag vorgenommene Einordnung des Gründers des Khalil Sakakini Cultural Centers in Ramallah, mit dem die Gruppe „The Question of Funding“ früher verbunden war, infrage stellen.

Die Debatte steht in einem weiteren Kontext über das Verhältnis künstlerischer und politischer Positionen aus dem postkolonialen Kontext einerseits und dem besonderen Selbstverständnis Israels als Heimstatt und Zufluchtsstätte des jüdischen Volks.

Es geht in der Debatte zudem um die Frage, inwiefern Aufrufe zum Boykott oder der Isolierung Israels ein Ausschlusskriterium für die Einladung von Künstlerinnen und Künstlern zu staatlich geförderten Kunstveranstaltungen sein sollten.

Frage 4. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass beteiligte Personen an der documenta antisemitische Positionen vertreten?

Es sind der Landesregierung Antisemitismus-Vorwürfe gegen einzelne Künstlerinnen und Künstler und Kuratoren bekannt. Vorwürfe, die teils sehr zugespitzt formuliert wurden. Sie gehen zum einen zurück auf den bereits genannten – teilweise nicht valide recherchierten – Blogbeitrag, der unter anderem auch anti-muslimische Stereotype bedient. Neben den Texten und Aussagen von einzelnen Künstlern geht es auch um das positive Verhältnis einiger Beteiligter zum BDS-Aufruf, der den Staat Israel vollständig isolieren will und um den sogenannten „Letter against Apartheid“.

Wichtig ist mir dabei, zu sagen: Ein Israel-Boycott ist nicht die Position eines der bei der documenta beteiligten Kollektive und erst recht wurde keines der Kollektive für ihre Positionierung zu BDS ausgesucht.

Noch wichtiger ist mir, zu sagen: Ich selbst lehne beide genannten Aufrufe und einen Israel-Boycott entschieden ab. Er verhindert das Gespräch und den Dialog, die wir nicht zuletzt bei den ganzen Fragen rund um den Nahostkonflikt brauchen. Vor allem aber zielt der Boycott nicht auf irgendeinen Staat. Er zielt auf den Staat, der sich als jüdische Heimstätte versteht. Wir sollten uns immer wieder die Bedeutung von Israel als Zufluchtsstätte für Jüdinnen und Juden nach jahrhundertelanger Verfolgung und dem beispiellosen Zivilisationsbruch der Shoah vor Augen führen. Aufgrund unserer historischen Verantwortung sind und bleiben das Existenzrecht Israels und die Sicherheit Israels ein Teil deutscher Staatsräson. Künstlerinnen und Künstler, die in Deutschland einen Boycott unterstützen, müssen sich daher selbstverständlich auf kritische Fragen einstellen.

Zur Frage des Antisemitismus und der BDS-Bewegung gibt es in Wissenschaft und Gesellschaft sowohl national wie international eine intensive Diskussion. Im Mittelpunkt steht das Ringen um die Einordnung und die Abgrenzung von Kritik an der Position Israels und israelbezogenem Antisemitismus. Hierbei wird aktuell insbesondere über zwei verschiedene Einordnungen diskutiert: die IHRA Arbeitsdefinition von Antisemitismus und die Jerusalem-Deklaration.

Aus Sicht der Landesregierung ist es wichtig, dass es zu diesem Thema eine weitere wissenschaftliche Debatte gibt.

Frage 5. Wann hat die Landesregierung mit wem Gespräche über die Vorwürfe geführt?

Frage 6. Wie hat die Landesregierung entschieden, wen sie bei diesen Gesprächen einbindet?

Die Fragen 5 und 6 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Landesregierung hat nach Bekanntwerden der Vorwürfe zunächst gemeinsam mit den weiteren Gesellschaftern und Förderern der documenta gGmbH Gespräche über die Vorwürfe aufgenommen, um einen Modus zu finden, wie diese mit allen Betroffenen sachgerecht diskutiert

werden können. Sie hat die Idee der Gesprächsforen „We need to talk“ der documenta als Möglichkeit eines Dialogs über die Vorwürfe und die damit verbundenen politischen und gesellschaftlichen Fragen sehr begrüßt. Sie hat sich mit der documenta darüber verständigt, dass diese Foren ausgewogen gestaltet werden sollten und hat auch einige Vorschläge für einzuladende jüdische Personen eingebracht.

Seit Beginn der Vorwürfe und nach Absage der Foren wurden verschiedene Gespräche geführt. Dabei war ich im direkten Austausch mit dem Antisemitismusbeauftragten des Landes Uwe Becker, dem Kasseler Oberbürgermeister Geselle, der Kulturstaatsministerin Claudia Roth, dem Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, Prof. Dr. Meron Mendel, dem Leiter des Demokratiezentrum Hessen, Dr. Reiner Becker, und dem israelischen Soziologie-Professor Natan Sznajder. Weitere Gespräche sind in Vorbereitung.

Nachdem die Foren ausgesetzt wurden, hat sie das Gespräch in besonderem Maße mit denjenigen gesucht, die sich kritisch zu den Foren geäußert hatten.

Frage 7. Wie steht die Landesregierung mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien in Kontakt?

Die Landesregierung tauscht sich auf politischer und auf Arbeitsebene regelmäßig mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien über den Fortgang der Gespräche aus. Die Federführung im Kontakt mit dem Zentralrat der Juden liegt bei der BKM, da sich der Zentralrat mit seinem Brief zu den geplanten Foren an Kulturstaatsministerin Claudia Roth gerichtet hatte.

Frage 8. Hat die Landesregierung vor der Einladung zu der Diskussionsreihe 'We need to talk' ein Gespräch mit dem Zentralrat der Juden Hessen geführt?

Die Organisation der genannten Gespräche lag bei der documenta. Deren Generaldirektorin hat sich im Vorfeld mit dem Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland ausgetauscht.

Frage 9. Hat die Landesregierung vor der Einladung zu der Diskussionsreihe Gespräche mit anderen Interessenverbänden geführt?

Nein.

Frage 10. Hielt die Landesregierung den Aufbau der Gesprächsreihe, insbesondere die Auswahl der Themen und Gäste, für angemessen?

Frage 11. Wenn nein: Was war bezüglich der Gesprächsreihe ihre Kritik?

Die Fragen 10 und 11 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Landesregierung hat die Idee der Gesprächsforen „We need to talk“ als Möglichkeit eines Dialogs über die Vorwürfe und die damit verbundenen politischen und gesellschaftlichen Fragen sehr begrüßt. Die documenta gGmbH hat diese in eigener Verantwortung konzipiert und organisiert. Ich bedauere, dass diese Foren nicht in der geplanten Form zustande gekommen sind.

Wir hatten den Eindruck, dass die Besetzung der Podien die wichtigsten Positionen in der Debatte berücksichtigte und die Themenstellung wichtige Fragen aufgriff, die im Zuge der medialen Debatte zur documenta aufgeworfen wurden. Wir nehmen aber auch die Sorge des Zentralrats ernst und haben nach der Aussetzung der Foren in besonderem Maße das Gespräch mit denjenigen gesucht, die sich kritisch zu den Foren geäußert hatten. Nach der Kritik gab es Versuche der documenta gGmbH, die Foren noch zu erweitern, um noch weitere Positionen zu Wort kommen zu lassen. Dies hat die Landesregierung ausdrücklich unterstützt.

Die documenta hat angekündigt, dass die bisherigen Ansätze als verändertes Format vor Ort in Kassel während der documenta fifteen weiterentwickelt werden sollen. Das gebe auch Gelegenheit, auf die öffentlich geäußerten Bedenken eingehen zu können.

Frage 12. Findet die Landesregierung es richtig, dass die Gesprächsreihe nach Kritik wieder abgesagt wurde?

Angesichts der Tatsache, dass viele wichtige Stimmen ihre Teilnahme an den Foren abgesagt hatten, erschien die Aussetzung der Reihe durch die documenta ein plausibler Schritt, da das Ziel einer ausgewogenen Diskussion in diesem vorgesehenen Zeitraum sonst vermutlich nicht mehr hätte umgesetzt werden können.

Frage 13. Plant die Landesregierung weitere Schritte, um den Antisemitismus-Vorwürfen gegen die documenta nachzugehen?

Die Landesregierung steht, wie schon erwähnt, unmittelbar und über andere Beteiligte indirekt mit verschiedenen Personen im Kontakt, die sich in Praxis und Forschung intensiv mit der Frage des Kampfs gegen Antisemitismus auseinandergesetzt haben. Jeglichen konkreten Hinweisen von diesen Gesprächspartnern auf antisemitische Inhalte bei der documenta wird sie selbstverständlich nachgehen.

Frage 14. Welche weiteren Schritte erwartet die Landesregierung von den Verantwortlichen der documenta?

Die Landesregierung steht mit den Verantwortlichen der documenta im Austausch und es gibt Einigkeit darüber, dass diese sicherstellen, dass in den auf der documenta ausgestellten Kunstwerken keine antisemitischen Inhalte transportiert werden. Sollten widererwartend antisemitische Inhalte in Kunstwerken ausgestellt werden, hat die documenta zugesichert, die entsprechenden Inhalte nicht länger zu zeigen.

Die Landesregierung wird mit der documenta das Gespräch darüber suchen, wie die Idee der ausgesetzten Foren während der documenta wiederaufgenommen werden kann.

Frage 15. Wie will die Landesregierung vorgehen, sollte sich in Zukunft ein ähnlicher Vorfall wieder ereignen?

Es ist unklar, auf welchen Vorfall sich die Fragesteller beziehen.

Frage 16. Wie steht der Antisemitismusbeauftragte der Landesregierung, Uwe Becker, zu den Vorgängen im Zusammenhang mit der documenta?

Die Vorgänge im Zusammenhang mit der documenta zeigen auf, dass es gerade im Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus ein höheres Maß an Sensibilität bei Kultureinrichtungen und Institutionen braucht. Häufig fehlt es verantwortlichen Akteuren an der Kenntnis über israelfeindliche Strukturen oder Organisationen, bzw. fehlt es an kritischer Distanz zu Sympathisanten israelfeindlicher politischer Positionen. Bei einem stärkeren Bewusstsein für diese besondere Ausprägung des Antisemitismus und einem konsequenteren Umgang mit dessen direkten wie auch mittelbaren Erscheinungsformen, können auch Verwerfungen bei Kunstausstellungen oder wissenschaftlichen Debatten vermieden werden. Die Bemühungen der Hessischen Landesregierung in den zurückliegenden Wochen haben dieses Bewusstsein geschärft und bieten die Grundlage dafür, dass die Verantwortlichen der documenta für deren Verlauf nun umso mehr alles dafür unternehmen werden, dass der im Raum stehende Vorwurf keine Bestätigung erfährt.

Frage 17. Mit welchen Interessengruppen stand bzw. steht der Antisemitismusbeauftragte zu den Vorgängen in Kontakt?

Im Rahmen der Bemühungen der Landesregierung hat es eine enge Abstimmung zwischen der Ministerin für Wissenschaft und Kunst und dem Landesbeauftragten gegeben.

Frage 18. Hat der Antisemitismusbeauftragte zu den Vorgängen öffentlich Stellung bezogen? Wenn nein: Warum nicht?

Die Arbeit des Beauftragten für Jüdisches Leben und den Kampf gegen den Antisemitismus richtet sich im zweiten Schwerpunkt auf ein wirkungsvolles Engagement gegen Judenfeindlichkeit. Dies schließt ein, das jeweils geeignetste Instrument zu wählen, um eigene Positionen vermitteln zu können. Im vorliegenden Fall lag und liegt es nahe, den direkten Bezug zum zuständigen Ministerium zu wählen – also uns –, sodass eine zusätzliche öffentliche Positionierung nicht notwendig war. Die grundsätzliche Haltung des Antisemitismusbeauftragten zum israelbezogenen Antisemitismus hat dieser jedoch bereits mehrfach, zuletzt in seiner Pressemitteilung vom 30. Mai, deutlich gemacht.

So weit die Beantwortung Ihrer Fragen.

Abg. **Elisabeth Kula:** Ich habe eine konkrete Nachfrage, die durch den Bericht noch nicht wirklich beantwortet wurde. Mich würde interessieren, da ich ehrlich gesagt den Kasseler Blog nicht verfolgt habe und den Artikel auf diesem Blog nicht gelesen habe: Was sind denn die konkreten Vorwürfe gegen Ruangrupa? Denn es spielt oft gar keine Rolle, um welchen Vorwurf es sich konkret handelt.

Ministerin **Angela Dorn:** Meinen Sie direkt aus dem Blogbeitrag oder die Vorwürfe, die den ganzen medialen Raum umspannen? Das wäre dann tatsächlich Fleißarbeit, die ganzen verschiedenen Diskussionsbeiträge zusammenzufassen. Im Kern habe ich sie vorhin deutlich gemacht. Zum einen gab es von einzelnen Künstlern und Künstlerinnen Zitate, wie sie sich zum Staat Israel geäußert haben; aus meiner Sicht in einer Art und Weise, die nicht förderlich ist, die ich ablehne und die ich als falsch empfinde. Zum anderen gab es zwei größere Aufrufe: den „Letter against Apartheid“, den man auch nachlesen kann, und einen BDS-Aufruf, der den Staat Israel vollständig isolieren will. Da gibt ja auch verschiedene. Bei einem kann ich Ihnen gleich nachliefern, wo Sie ihn finden.

Es gibt, wie gesagt, diesen „Letter against Apartheid“ den einige unterschrieben haben, und dann gibt es noch den BDS-Aufruf, der im Endeffekt den Boykott von Israel als Kern hat, der auch unterschrieben worden ist. Das ist sozusagen auch der Kern der BDS-Bewegung, die ja sehr unterschiedlich ist. Aber ich glaube, im Kern treffen sich alle, und der ist sicherlich zum Teil antisemitisch zu bewerten. Dazu gibt es einen wissenschaftlich sehr kontrovers geführten Diskurs. Ich empfehle sehr, sich dazu die beiden Definitionen anzuschauen, sowohl die Jerusalem-Deklaration als auch die IHRA-Definition. Dort wird deutlich, dass das antisemitisch sein kann. Die Jerusalem-Deklaration macht wiederum deutlich, dass es sein kann, es aber auch einen großen Interpretationsspielraum gibt. So versucht die Jerusalem-Deklaration stärker zu präzisieren, wann das der Fall ist. Sie sagen auch, per se ist es nicht, aber es kann eben sein. Insofern geht es immer darum, dass man sich im Einzelfall mit den jeweiligen Positionen auseinandersetzt, um das gut bewerten zu können. Umso wichtiger finde ich auch, dass es genau dazu einen weiteren, auch wissenschaftlichen Diskurs mit verschiedenen Expertinnen und Experten für Antisemitismus gibt. Ich weiß z. B., dass Prof. Meron Mendel genau an diesen Stellen tätig ist, weil es zu Recht aus der Gesellschaft heraus eine Menge Fragen gibt, und weil wir in Deutschland eine ganz besondere Verantwortung haben, diese Diskussion weiter zu führen.

Abg. **Elisabeth Kula:** Nur noch eine Rückfrage, die Sie mit Ja beantworten können. Diese Sachen, die Sie vorgelesen haben, Frau Ministerin Dorn, die bezogen sich auf Mitglieder der Gruppe Ruangrupa?

Ministerin **Angela Dorn**: Auf Mitglieder von Ruangrupa und auch der künstlerischen Leitung. Aber nicht auf alle, sondern nur einige.

Abg. **Dr. Stefan Naas**: Zunächst einmal herzlichen Dank, Herr Vorsitzender und Frau Ministerin, dass Sie den Termin so kurzfristig möglich gemacht haben. Es gab ja im Vorfeld die ein oder andere Diskussion um die kurzfristige Einladung. Besonderen Dank auch an Herrn Becker, dass er heute da ist.

Wir haben hier 18 Fragen gestellt und Sie haben viel ausgeführt. Sie haben aber die entscheidenden Fragen, finde ich, nicht beantwortet. Vor allem haben Sie sich um eine Positionierung gedrückt. Denn Sie haben an dieser Stelle zwar deutlich gemacht, dass man das so sehen könnte oder auch anders sehen könnte, dass es hier Forschungen gibt, dass es Bemühungen gibt. Ich schätze ihre Diskussionsbereitschaft und insbesondere auch ihre Bemühungen um einen Dialog. Aber die entscheidende Frage, nämlich die Frage 4: ob die Landesregierung der Auffassung ist, dass an der documenta beteiligte Personen antisemitische Positionen vertreten, haben Sie geschickt umgangen – da möchte ich den Kollegen Becker an dieser Stelle mit einschließen. Auch da hätte ich mir eine Stellungnahme direkt vom Kollegen Becker erwartet, weil wir ihn in den Fragen 16 und 18 direkt angesprochen haben.

Der Kollege Becker hat dankenswerter Weise, in den letzten Monaten seit seiner Bestellung, sehr oft das Wort ergriffen, auch zu kleineren Sachverhalten – z. B. zum Thema Masken im Flugzeug. Ich finde das ist auch sehr gut. Ich hätte aber erwartet, dass er hier bei einer so großen öffentlichen Diskussion auch einmal eine Positionierung vornimmt und klar sagt, wie der Antisemitismusbeauftragte des Landes Hessen zu der Diskussion um die documenta steht. Das vermisse ich bis heute. Ich habe bisher keine Stellungnahme gehört, und die würde ich an dieser Stelle gerne einfordern.

Frau Ministerin, wenn ich Sie richtig verstanden habe, – man muss ja zwischen den Zeilen lesen; Sie drücken sich sehr vorsichtig aus – sagen Sie doch, man muss eine Unterscheidung zwischen der Gesinnung der Personen und den ausgestellten Kunstwerken vornehmen. Zumindest habe ich das dem Strauß ihrer Antworten entnommen. Sie sagen, es soll keine öffentlich ausgestellten antisemitischen Kunstwerke geben. Oder es gibt bisher keine, sagen Sie. Ich bin da vorsichtig; denn ich habe die Ausstellung noch nicht gesehen.

Mich würde interessieren, wie Sie solch ein antisemitisches Kunstwerk, was dann nicht ausgestellt werden soll, einordnen würden, an was Sie das festmachen. Es gibt offensichtlichen Antisemitismus, und es gibt versteckten. Manchmal ist es, wie man auch Ihren Ausführungen entnehmen kann, sehr schwierig, diese Einordnung vorzunehmen.

Dann komme ich zu der Frage, warum Sie die Frage 4, zu Ihrer Einschätzung darüber, ob das Antisemiten sind, die dort agieren in der Gruppe „Ruangrupa“, aber auch in der Gruppe „The Question of Funding“, nicht beantworten. Das würde mich schon interessieren, da dahinter natürlich die Frage steht: Können wir es zulassen, dass im öffentlichen Raum mit erheblichen öffentlichen Mitteln – auch Mitteln des Landes Hessen – solchen Personen ein solches Forum geboten wird? Da ist der Beschluss des Deutschen Bundestags in Erinnerung zu rufen, der gerade

ausschließen möchte, dass im öffentlichen Raum solchen Personen ein Forum geboten wird – unabhängig davon, ob die ausgestellten Kunstwerke offensichtlich antisemitisch sind oder nicht. Die documenta erzeugt auch immer eine gesellschaftliche Diskussion. Ich glaube, das kann man bisher über jede documenta sagen. Das ist die wesentliche Aufgabe einer solchen Kunstaussstellung, die ja – anders als eine Kunstmesse, wo der Verkauf im Mittelpunkt steht – eine Schau der Kunst und auch der politischen und der gesellschaftlichen Diskussion darüber ist. Darum ist es die entscheidende Frage, wie wir uns an dieser Stelle positionieren. Da hätte ich von Ihnen gerne eine Antwort.

Ministerin **Angela Dorn**: Herr Abg. Naas, ich weise ganz entschieden zurück, dass ich nicht klar Stellung bezogen habe. Ich habe schon letzte Woche im Plenum sehr klar Stellung bezogen zu BDS, zu Boykottaufrufen und zu Vergleichen von Apartheidsregimen. Ich habe sehr deutlich gemacht, dass genau dies extrem gefährlich und falsch ist und aus Sicht der Landesregierung ganz klar zurückgewiesen wird, dass es das Gespräch und den Dialog verhindert und vor allem, dass es an dieser Position ein ganz grundlegendes Problem gibt, weil ein solcher Boykott auf den Staat Israel, als Zufluchtsstätte von verfolgten Jüdinnen und Juden, abzielt. Das habe ich sehr klar zum Ausdruck gebracht, und ich erlaube mir den Hinweis, Herr Abg. Naas, dass Sie in Ihrer Rede im Hessischen Landtag zwar, aus meiner Sicht sehr zutreffend, eine Kritik gegenüber der AfD geäußert haben, aber Ihre Position habe ich dort nicht vernommen. Sie machen es sich gerade extrem leicht, indem Sie sehr viele Fragen stellen. Aber wir sind hier in einem Feld, das auch in der Wissenschaft engagiert diskutiert wird. Es wird auch von Jüdinnen und Juden selbst, je nachdem aus welchem Spektrum, mit welcher politischen Einstellung, mit welchem Diskurshintergrund, sehr unterschiedlich diskutiert. Insofern finde ich Ihren Vorwurf, dass wir nicht klar Stellung bezogen haben, angesichts meiner sehr deutlichen Worte sehr bedauerlich.

Sie haben zur Frage 4 nachgefragt: Sind das jetzt Antisemiten oder nicht? Ich finde, dass dies am Ende eine Einordnung wäre, die jeglichen Weg versperrt und von oben einen Stab bricht, ohne dass es ein weiteres direktes Gespräch gab, ohne den Kontext einzuordnen, ohne dass nähere Hintergrundinformationen vorhanden sind. Wir reden von einer Unterschrift zu einem Aufruf, den ich absolut falsch empfinde. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass der Zentralrat der Juden nicht gesagt hat, dass die Künstlerinnen und Künstler antisemitisch sind. Sie haben ganz klar und sehr verständlich eine Sorge geäußert. Sie haben eine Sorge geäußert, ob dort Positionen vertreten sind. Sie haben eine Sorge geäußert, dass sie sich verletzt und bedroht fühlen aufgrund dessen, dass ihr Bezug zum Staat Israel ein ganz besonderer ist.

Ich glaube ganz fest daran, dass kein Mensch, der hier im Landtag sitzt, als Mensch nicht jüdischen Glaubens diese Bedeutung des Staats Israel ganz nachvollziehen kann. Das ist am Ende etwas, worüber ich auch mit Natan Sznaider sehr intensiv gesprochen habe, weil es – das hat mich unglaublich erschüttert – noch immer Jüdinnen und Juden in Deutschland gibt, die Deutschland aufgrund des Gefühls der Bedrohung verlassen. Insofern möchte ich das sehr stark betonen.

Ich weiß nicht, ob Sie die gemeinsame Pressemitteilung des Zentralrats der Juden und der Staatsministerin Claudia Roth gelesen haben, die deutlich gemacht haben, dass es eine ehrliche, eine differenzierte Debatte über Antisemitismus und Feindlichkeiten gegen Israel braucht, dass

das wichtig ist. Deswegen haben sie die Kritik geäußert, dass es aus ihrer Sicht mit diesen Foren nicht gelungen ist. Es gab das Zitat:

Wir sind gemeinsam der Überzeugung, dass die documenta wichtig ist für Deutschland und für die Kunst weltweit. Sie erhält hohe Aufmerksamkeit und hat große Ausstrahlung als eine der weltweit bedeutendsten Ausstellungen. Deutschland hat eine besondere Verantwortung im Kampf gegen den Antisemitismus. Von daher ist auch eine besondere Sensibilität gefragt, wo es um Diskurse auf der und rund um die documenta geht.

Wir sind uns einig, dass Antisemitismus in seinen unterschiedlichsten Formen keinen Platz in Deutschland und weltweit haben darf, auch nicht auf der documenta.

Zugleich müssen wir feststellen, dass der bisherige Versuch einer konstruktiven öffentlichen Debatte gescheitert ist.

Wir sehen uns gemeinsam in der Verantwortung, durch vertrauliche Gespräche mit Expertinnen und Experten sowie mit den Verantwortlichen der documenta hierfür wieder die Grundlage zu schaffen. ...

Darüber hinaus haben wir uns auch über Tendenzen von Boykotten gegen israelische Künstlerinnen und Künstler sowie Kulturschaffende in Deutschland ausgetauscht, die uns gemeinsam mit Sorge erfüllen. Wir haben eine enge Zusammenarbeit vereinbart, um dem gemeinsam entgegenzutreten.

Herr Abg. Naas, genau das tun wir, genau das tue ich, und das tut die Landesregierung in den letzten Wochen. Wir tauschen uns sehr intensiv mit verschiedenen Beteiligten aus, um diesen Dialog zu führen und um nicht in einer Schwarz-Weiß-Debatte zu enden. Wir tun das mit Punkten, bei denen wir sehr klar gegenüber den Künstlerinnen und Künstlern und auch in der Öffentlichkeit mit unserer Haltung auftreten.

Jetzt, da Sie möglicherweise diese Frage von der IHRA-Definition und der Jerusalem-Deklaration noch nicht ganz nachvollzogen haben, möchte ich auf Herrn Abg. Grumbach eingehen, der im Plenum eine sehr differenzierte Haltung zum Ausdruck gebracht hat, um zu zeigen, dass wir über eine äußerst komplexe Gemengelage sprechen. Was war denn Ziel der IHRA-Definition? Ziel war, neue Formen von Antisemitismus, die im Zusammenhang mit Israel stehen, besser identifizieren zu können. Sie haben selbst gesagt, dass es eine nicht rechtsverbindliche Definition ist, die zur Orientierung und Schulung genutzt werden soll. Mit dieser Arbeitsdefinition haben zahlreiche Institutionen und Wissenschaftler festgestellt: Ja, BDS hat antisemitischen Charakter.

Gleichzeitig ist es so, dass die Jerusalem-Deklaration auf den Weg kam, die deutlich macht, dass die IHRA-Definition häufig mit Kannbestimmungen operiert und deswegen in der Auslegung sehr unterschiedliche Interpretationen zulässt. Die Jerusalem-Deklaration bezeichnet sich selbst als eine Verbesserung, eine weiterführende IHRA-Definition, die „eine präzisere Kerndefinition“ und ein „kohärenteres Set von Leitlinien“ anbietet, da die Kontroversen rund um die IHRA, ihrer Ansicht nach, den Kampf gegen Antisemitismus geschwächt haben. Nach dieser Definition sind Boykottaufrufe nicht per se als antisemitistisch zu werten.

In diesen verschiedenen Definitionen sind ganz verschiedene Jüdinnen und Juden, national wie international, vertreten, die sich genau mit diesem Thema auseinandersetzen. Ich als Deutsche und Nichtjüdin fühle ich mich nicht berechtigt, zu sagen, dass in diesem wissenschaftlichen Diskurs die eine oder andere Seite die richtige ist, sondern ich betrachte es als Wissenschaft- und Kunstministerin als meine Verantwortung, diesen Diskurs weiterzuführen und mich nicht auf die eine oder andere Seite festzulegen.

Wer wäre ich, dass ich mich über einen Experten oder eine Expertin für Antisemitismus setzen würde? Das ist die Grundhaltung von uns. Ansonsten muss man jetzt die documenta und die Kunstwerke, die Positionierung, die dort kommt, sehr genau abwarten. Wir werden dort weiter mit verschiedenen Expertinnen und Experten im Kontakt sein.

Ich möchte an dieser Stelle eine Sache sagen: In dem Blogbeitrag wurden Künstlerinnen und Künstler auch aus Ramallah schon im Vorfeld, ohne dass es Äußerungen gab, als antisemitisch betrachtet. In dem Blogbeitrag wurde auch sehr deutlich gesagt, dass sie ganz klar dazu stehen, dass sie kritisch gegenüber Muslimen sind. Insofern sind wir in einer Gemengelage, in der wir uns als verantwortliche Politik unglaublich anstrengen müssen, dass wir eine Verständigung, einen Dialog zwischen den Beteiligten schaffen. Der Israel-Palästina-Konflikt ist sehr virulent und sehr schwierig. Das Wichtigste ist, dass wir Punkte der Verständigung finden, aber auch die Grenzen, wo es wirklich antisemitisch wird. Dafür gibt es das Grundgesetz, dafür gibt das Strafrecht, und da werden wir auch ganz klar einschreiten. Einen letzten Punkt möchte ich nicht vergessen, dann höre ich auf. –

Sie hatten gefragt, was unsere Haltung bezüglich der Förderung ist. Aus meiner Sicht gibt es einen wichtigen Unterschied bei der Förderung: Fördern wir direkt eine BDS-Veranstaltung innerhalb der Kunst, fördern wir direkt eine Kunstausstellung, die das Thema BDS in den Fokus nimmt? Die Alternative wäre: Entsagen wir einem Künstler, einer Künstlerin, die einmal einen BDS-Aufruf unterstützt hat, jegliche Fördermittel? Und das ist eine spannende Frage, die wir mal tatsächlich – –

(Abg. Dr. Stefan Naas: Spannende Frage! Was wäre Ihre Antwort?)

– Ja, es ist eine spannende Frage. Ich gespannt auf Ihre Antwort als Liberaler, sehr geehrter Herr Abg. Naas.

Aus meiner Sicht sind die Fragen der Kunstfreiheit und des Boykotts von Künstlerinnen und Künstlern genauso wichtig. Solange ich kein Kunstwerk, keine klare Position auf der documenta habe, die antisemitisch ist, gilt zunächst die Kunstfreiheit. Aber die Sensibilität der Landesregierung ist sehr hoch, die Gespräche werden sehr intensiv geführt, und wir werden das genau beobachten. Aber im Vorfeld, ohne einen Beleg zu haben, wäre das ein massiver Eingriff in die Kunstfreiheit.

Sie merken möglicherweise daran, dass wir es uns bei diesem Thema kein bisschen einfach machen. Der Antisemitismusbeauftragte Herr Becker hat sich dazu ebenfalls gemeldet. Mit ihm bin ich im Austausch und ich bin ihm sehr dankbar für seine kritische Stimme und seine sorgenvolle Begleitung. Das ist total wichtig; denn ich glaube, es gibt in dieser Frage nicht sofort eine ganz einfache Antwort.

StS Uwe Becker: Ich spreche heute natürlich in meiner Rolle als Landesbeauftragter. Die Fragen von Herrn Naas, die am Schluss des Fragenkatalogs standen, beziehen sich auch explizit darauf. Es war auch eben, wie ich fand, sehr abgewogen von ihm vorgetragen unter dem Aspekt: Wie ist das Handeln des Landesbeauftragten zu sehen? Warum ist die eine oder andere Äußerung erfolgt oder nicht erfolgt?

Ich will vielleicht da beginnen, wo ich mein Verständnis dieser Aufgabe sehe: in konkreten Situationen, aber auch grundhaft dort, wo Themen auftreten, zu schauen, was das geeignetste Instrument ist. Hier lag es natürlich nahe, dass man als Landesbeauftragter mit dem direkten Zugang zur Landesregierung in einem solchen Zusammenhang schaut und spricht und Gespräche führt, wie sich der Umgang mit der Situation gestalten lässt.

Frau Ministerin Dorn hat es beschrieben. Ich habe über all die Gespräche den Eindruck gewinnen können, dass in höchster Verantwortung und unter all den Abwägungen, die eben noch einmal dargelegt worden sind, die Situation verantwortlich gehandhabt worden ist. Herr Naas, insoweit ergibt sich jetzt nicht die Situation, dass ein Landesbeauftragter dann zusätzlich separat an die Öffentlichkeit treten muss. Das ist nicht zwingend mein Verständnis von der Aufgabe. Insofern sehe ich das Bemühen, insbesondere der Ministerin, als außerordentlich intensiv, ausgeprägt und hoch verantwortlich für eine Lösung dieser Gesamtkonstellation, wo sicherlich auch nicht an allen Stellen das Verhalten in der Spitze der documenta immer nur hilfreich gewesen ist auf diesem Weg.

Ich glaube, was die grundsätzliche Position meinerseits angeht – ich hatte das am 30. Mai in einen etwas größeren Kontext gestellt –: Es bezieht sich natürlich darauf, dass ich sehr kritisch sehe, wie salonfähig sich der israelbezogene Antisemitismus, gerade in Bereichen von Kunst, Kultur und Wissenschaft verhält. In anderen Bereichen gibt es das auch, aber dort tritt es nun einmal sehr häufig deswegen zutage, weil es sehr häufig Themen sind, die in die Öffentlichkeit geraten. Dort wünschte ich mir ein deutlich höheres Maß an Sensibilität im Umgang, zunächst einmal mit antisemitischen Stereotypen, die israelbezogen sind. Wenn man das herunterbricht auf Fragen wie BDS und Jerusalem-Deklaration, wünschte ich mir schon – das sage ich auch deutlich –, weniger im Kontext der Umgehungsweise der Landesregierung mit der documenta, aber gesamtgesellschaftlich ein konsequenteres Vorgehen gegen Organisationen und Vereinigungen, die BDS konkret unterstützen; denn BDS ist aus meiner Ansicht per se eine antisemitische Bewegung.

(Abg. Dr. Stefan Naas: Da haben wir es doch!)

Das muss man schon abgrenzen gegenüber der Frage, ob jeder und jede, die BDS unterstützen, selbst antisemitisch sind. Ich glaube, das ist auch angesichts der heterogenen Struktur von BDS, die teilweise in Israel selbst aktiv ist, dort anders zu sehen als BDS in Organisationsstrukturen im westlichen Europa, in Großbritannien oder Nordamerika. Man muss auch unterscheiden, was innerhalb von BDS die Zielvorstellungen der Gründerinnen und Gründer sind. Nehmen Sie als ein Beispiel Omar Barghouti, einen der Gründerväter von BDS. Da lesen Sie bei ihm nicht nur zwischen den Zeilen sehr deutlich antisemitische Argumentationsmuster. Anders verhält es sich

in Teilen bei Menschen, die vielleicht selbst noch aus Gründen einer Offenheit gegenüber Diskussionslagen zur Politik Israels dem Irrglauben verfallen sind, dass sich so etwas über BDS lösen lässt.

Deswegen ist aus meiner Sicht nicht jeder oder jede automatisch Antisemit bzw. Antisemitin, der oder die BDS unterstützt. Aber BDS ist eine antisemitische Bewegung. Ich glaube, genau darin wird schon deutlich, wie komplex die Fragestellung ist, wer aus welchen Gründen glaubt, Boykottaufrufen seine Unterstützung zuteilwerden zu lassen, aus welchem Verständnis heraus, auch aus welcher Kenntnis heraus. Auch da ist im mildesten Fall zumindest Unwissenheit vorhanden. Aber ich sage ganz deutlich: Fahrlässigkeit entschuldigt nicht.

Insoweit ist aber die Frage, wie man mit handelnden Akteuren umgeht, etwas, wo ich selbst in den zurückliegenden Jahren festgestellt habe, dass die Meinung dazu, wie konsequent eine Abgrenzung erfolgen muss, unterschiedlich ist. Es gibt Beschlusslagen von Kommunen in Deutschland. Ich weise auf die Beschlusslage von Frankfurt hin, die ich in einer anderen Rolle selbst auf den Weg gebracht habe. Dort gibt es quer durch die gesellschaftlichen Diskurse und quer durch die Parteien sehr unterschiedliche Sichtweisen, wie klar und konsequent hier gehandelt werden kann oder sollte. Das trifft dann durchaus auch die öffentliche Debattenlage.

Noch einmal. Ich wünschte mir ein konsequenteres Umgehen damit. Ich glaube schon, dass eine rote Linie möglich sein kann – möglich in der Frage, an welcher Stelle der Einbezug von Persönlichkeiten, die BDS unterstützen, stattfindet oder nicht. Aber – insofern bin ich der Ministerin und ihrem Vorgehen sehr dankbar – es braucht insgesamt ein sehr differenziertes Herantreten, wenn es darum geht, welche Konsequenz das am Schluss bedeutet.

Etwa der Antrag, den Kommunen in Deutschland auf den Weg gebracht haben, besagt, dass Räumlichkeiten weder für BDS-Organisationen noch BDS-nahe Organisationen oder Einzelpersonen, die BDS unterstützen, zur Verfügung gestellt werden sollten. Das ist inzwischen durch Verwaltungsgerichte leider – ich sage bewusst: leider, ohne Gerichtsschelte zu betreiben – anders geurteilt worden, sodass die Handlungsmöglichkeit auch der öffentlichen Hand in der Frage, welche Konsequenz aus Unterstützungsleistungen gegenüber BDS folgt, sich auch da inzwischen leider anders verhält. Das bedauere ich persönlich sehr, weil ich mir dort eine konsequentere Handhabung wünschen würde. Aber am Ende leben wir Gott sei Dank in einem Rechtsstaat, der die öffentliche Hand verpflichtet, bestimmte Handlungen entsprechend vorzunehmen.

Insofern nehmen Sie mir ab, dass ich persönlich der Auffassung bin: Es wäre wichtig, dass sich der Bereich, Kunst, Kultur und Wissenschaft dieser Grundfrage noch intensiver annimmt, noch stärker schon dort rote Linien gezogen werden, wo über Boykottaufrufe, wo über die Delegitimierung des Staates Israel antiisraelischer Antisemitismus Verbreitung findet, im mildesten Fall als Stichwortgeber und im schlimmsten Fall als diejenigen, die es mit einer klaren Zielsetzung zur Delegitimierung Israels verbreiten.

Deswegen braucht es, wenn man sich die handelnden Akteure anschaut, eine solche differenzierte Bewertung. Ich würde, wie gesagt, an der Stelle immer auch auf der Seite stehen, die sagt: Wer BDS unterstützt, sollte nicht gefördert werden. – Die Frage ist aber, wie weit das reicht und

wie weit diese Unterstützung ihren Niederschlag findet. Daher ist es wichtig, wenn es sich um konkrete Personen dreht, dass man sich der Sache differenziert annimmt.

Das zunächst an dieser Stelle. Aber, wie gesagt, der Antisemitismusbeauftragte muss nicht, wenn er in direktem Austausch und Dialog mit der Landesregierung steht, noch parallel aus seiner Sicht Erklärungen abgeben. Ich habe hier noch einiges ausgeführt und hatte auch in meiner Grundpositionierung zum antiisraelischen Antisemitismus das deutlich gemacht.

Abschließend: Auch bei der Jerusalem-Deklaration sehe ich erhebliche Anteile in dieser Erklärung, die aus meiner Sicht antisemitischen Charakter haben. Dort wird beispielsweise ausgeführt, dass Aufrufe „From the river to the sea“ geäußert werden könnten. Das halte ich für grundlegend falsch, weil sie aus meiner Sicht die Auslöschung Israels beinhalten. In der Jerusalem-Deklaration wird etwa auch ausgeführt, dass die Kritik an Israel auch unverhältnismäßig sein kann. Das halte ich für grundlegend falsch, weil damit Tür und Tor geöffnet wird gegenüber all den antiisraelischen und damit auch antisemitischen Stereotypen, die im Rahmen des antiisraelischen Antisemitismus zutage treten.

Mehrere Hundert internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben diesen Aufruf, diese Jerusalem-Deklaration unterschrieben, und ich habe an einzelnen Stellen in Gesprächen nach Veröffentlichung dieser Erklärung feststellen müssen, dass Teilnehmenden nicht immer bewusst war, was tatsächlich hinter bestimmten Aussagen steht. Das führt am Ende wieder dazu, dass im mildesten Falle auch dort in hohem Maße Unkenntnis und unterschiedliche Absichten im Raume stehen, im Zweifelsfall sogar gute Absichten, aber mit schlechten Instrumenten und ungeeigneten Maßnahmen und ungeeigneten Organisationen, über die das dann stattfindet.

Deswegen noch einmal: Ich habe sehen können, dass die Landesregierung, das zuständige Ministerium sich sehr verantwortlich all dieser Fragen angenommen hat. Ich glaube, anders war der Umgang der Landesregierung mit diesem Thema bisher nicht möglich. Deswegen muss der Landesbeauftragte nicht noch parallel fortlaufend Stellungnahmen abgeben. – Das erst einmal von meiner Seite.

Abg. **Dr. Stefan Naas:** Ich bin direkt angesprochen worden von der Ministerin, aber ich fange einmal hinten an bei den Ausführungen von Herrn Becker. Ich glaube, wir brauchen nicht über Jura und über Verwaltungsrecht in Deutschland zu diskutieren und dass es selbstverständlich ist, dass man als jemand, der vielleicht eine extreme Position vertritt, die aber noch im Rahmen des Verfassungsmäßigen ist, einen Zugang zu öffentlichen Gebäuden hat. Dazu gibt es eine feinsilierte Rechtsprechung. Die muss ich hier nicht darlegen, die kennen wir alle. Es geht hier um etwas anderes. Es geht um eine Einladung. Es geht um eine aktive Förderung durch den Staat. Insofern muss man das teilen. Das eine ist ein Zugang zu einer öffentlichen Einrichtung, was klaren rechtlichen Regelungen unterworfen ist, die uns oftmals missfallen und auch meiner Partei im Ergebnis nicht passen, wo man politisch den Kopf schüttelt. Aber so ist es nun einmal in einer Demokratie. Auf der anderen Seite geht es um die Förderung mit öffentlichen Geldern.

Natürlich ist diese öffentliche Förderung bei der documenta etwas Besonderes, weil natürlich die Aufmerksamkeit steigt, der Kunstmarktwert steigt usw. Es ist eine besondere Ehre, dort eingeladen zu sein, weil man dann entsprechend im Fokus steht.

Zur Ministerin. Sie haben den Zentralrat zitiert. Das Schöne ist: Sie haben die passende Stelle für Ihre Argumentation zitiert. Ich lese einfach einmal, was der Zentralratsvorsitzende Josef Schuster weiter sagt. Er sagt:

Angesichts wachsender antisemitischer und israelfeindlicher Tendenzen in der Kunst- und Kulturszene insgesamt wäre eine Debatte darüber bei der documenta wichtig gewesen.

Da ist ein bisschen die Anschlussfrage: Hätte man das nicht vorher machen müssen?

Ebenso ist es schwierig, an einen Zufall zu glauben, wenn kein einziger israelischer Künstler vertreten sein wird. Bei den Gesamtumständen, die wir bei der documenta sehen, drängt sich der Eindruck geradezu auf, dass BDS mit seinem Aufruf zum Boykott israelischer Kunst und Kultur bereits wirkt.

Das interpretiere ich etwas anders als Sie. Ich glaube nämlich, dass man die Frage als Landesregierung schon beantworten muss. Ich will sie einfach noch einmal vorlesen und Sie fragen, was daran so schwierig ist: Ist die Landesregierung der Auffassung, dass an der documenta beteiligte Personen antisemitische Positionen vertreten? – Ich kann Ihnen sagen, warum Sie diese Antwort scheuen: weil natürlich durch den BDS-Beschluss des Deutschen Bundestags danach eine Konsequenz verbunden wäre, und diese Konsequenz möchten Sie nicht – aus welchen Gründen auch immer. Sie entscheiden sozusagen nicht und treffen damit auch eine Entscheidung; denn Sie lassen ja weiter gewähren.

Sie können sich auch nicht herausreden, indem Sie mir diese Frage stellen; denn Sie sind die Ministerin.

(Lachen Ministerin Angela Dorn)

Ich frage Sie, und Sie müssen sich an dieser Stelle positionieren. Wir können gerne in einen Dialog eintreten. Sie haben jetzt auch fünfmal so lange Zeit gehabt, es zu beantworten. Ich habe relativ kurz gefragt, und Sie haben sehr breit ausgeführt, warum das alles schwierig ist.

(Ministerin Angela Dorn: Sie haben alle Zeit, Herr Abgeordneter!)

Aber die Frage 4 haben Sie an sich nicht beantwortet.

Abg. **Robert Lambrou**: Herr Naas hat mir schon ein Stück weit etwas vorweggenommen. Ich möchte trotzdem darauf eingehen. Es gibt den Brief vom Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland an Frau Roth. Er hat ganz klar geschrieben:

Gegen Antisemitismus helfen nur klare Bekenntnisse und noch viel mehr, entschlossenes politisches Handeln auf jeder Ebene von Politik, Kunst, Kultur und Gesellschaft. Von dieser Verantwortung darf sich niemand – auch nicht im Namen der Kunstfreiheit – freisprechen.

Hier ist viel von Kunstfreiheit geredet worden. Herr Dr. Naas hat schon ausgeführt, dass Herr Schuster gegenüber der Zeitung „Die Welt“ gesagt hat – ich will es noch einmal wiederholen –:

Bei den Gesamtumständen, die wir bei der documenta sehen, drängt sich der Eindruck geradezu auf, dass BDS mit seinem Aufruf zum Boykott israelischer Kunst und Kultur bereits wirkt.

Jetzt verstehe ich natürlich die Untiefen in der Diskussion. BDS ist klar antisemitisch. Leute, die BDS unterstützen, sind vielleicht unwissend, vielleicht auch antisemitisch. Aber was ich gerne wissen möchte von der Frau Ministerin, aber auch von Herrn Becker: Ist seit dem Zeitpunkt, wo die Vorwürfe gegen die documenta aufkamen, einmal darüber nachgedacht worden, dass die documenta, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, dass sie Antisemitismus indirekt oder direkt unterstützt, um ein Zeichen zu setzen – klare Handlung –, noch kurzfristig einen israelischen Künstler einlädt? Denn das wäre eine klare Handlung, die eine Boykottierung Israels auf der documenta durchbrechen würde. Ist darüber diskutiert worden mit den documenta-Verantwortlichen? Gab es diese Idee zu irgendeinem Zeitpunkt, zu sagen: Wir setzen ein Zeichen gegen diese Vorwürfe, indem wir einen israelischen Künstler noch kurzfristig einladen?

Abg. **Gernot Grumbach:** Ehrlich gesagt, ich finde diese Debatte immer noch extrem schwierig, weil ich glaube, dass wir immer noch am Thema vorbeireden. Ich glaube auch, dass diese fünf Minuten der Aktuellen Stunde ein völlig irres Format für eine extrem schwierige Sache sind, in der man sehr differenziert schauen muss und in der man, glaube ich, auch schauen muss, dass man nicht aus der Entfernung Positionen, die eine Gruppe in einem Konflikt hat, zur Waffe der Innenpolitik macht. Ich sage das einmal so zugespitzt.

Ich war in meinem Leben auch schon naiver. Ich habe vor über 40 Jahren einen Jugendaustausch mit der MAPAM organisiert und fand es eine geniale Idee, zu einer solchen Veranstaltung einen Bekannten aus Studienzeiten einzuladen. Er hieß Abdallah Frangi. Der eine oder andere weiß, wovon ich rede. Er ist, wenn ich es richtig im Kopf habe, heute Gouverneur in Gaza. Ich war vier Stunden damit beschäftigt, einfach nur dafür zu sorgen, dass sie sich zuhören. Denn die Debatte war vor 40 Jahren schon so, dass Leute Statements abgegeben haben, es aber keine Debatte gab. Ich habe den Eindruck, unsere Debatte um die ganze Frage – ich nehme die differenzierten Beiträge ausdrücklich aus – wird auch so ähnlich.

Ich fange mit dem schlichten Satz an, ob die Etikettierung einer Gruppe reicht, um ein Thema abzuhandeln. Herr Becker, Sie kennen das Zitat:

„... für mich ist das Leitmotiv der BDS-Bewegung Gerechtigkeit für die Palästinenser und ein Ende der Besatzung.“ Zwar gebe es ... antisemitische Stimmen ... „Das ist jedoch weder die offizielle Politik der Bewegung noch die Meinung der Mehrheit ihrer Mitglieder.“

Das Zitat ist von Avi Primor, den wir auch alle kennen. – Ich will damit nicht sagen, dass einer von beiden recht hat, sondern mir geht es darum, dass selbst in der Gesellschaft, um die es geht, die Frage, ob eine Organisation so oder so zu betrachten ist, ein bisschen differenzierter betrachtet wird und wir aus der Entfernung das Spiel, dass es ein Etikett gibt und wir damit alle Beteiligten getroffen haben, zerbrechen sollten, statt es weiterzuführen. Da bin ich ein bisschen anderer Meinung als Sie.

Ich verstehe Ihre Grundposition. Ich diskutiere zum Teil mit den gleichen Leuten und mit der gleichen Angst und dem gleichen Zorn. Das will ich auch sagen. Wenn wir mit den Vertretern der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt reden, wissen wir doch, wo Angst und Zorn liegen. Damit müssen Sie auch umgehen.

Ich glaube nur, dass die Antworten zu einfach sind und dass es unsere Rolle wäre, zu schauen, ob wir die Antworten differenzierter machen können. Die Frage ist auch, ob die documenta einen Beitrag dazu leisten kann. Ich finde, deshalb hätte man die Podien nicht absagen sollen, sondern sie anders zusammensetzen müssen. Ich finde, dass wir ohnehin bei der Frage eine Rolle haben, die ziemlich schwierig ist, weil wir eigentlich Brücken bauen müssten, statt zu sagen, wir sind für die eine oder andere Seite. Denn beide Seiten sind geknechtet.

Ich hatte das Vergnügen, oder wie auch immer, mit Judith Butler zu reden über ihre Unterschrift. Sie sagt, sie war in einem Lager, sie hat das Elend gesehen und hat es nicht ausgehalten. – Ich habe lange mit ihr diskutiert, dass der Boykottaufruf trotzdem dumm ist – Entschuldigung, aber ich bleibe einmal bei dem Wort –, weil er nicht das erreicht, was sie will, da er das Problem nicht löst, sondern es verschärft.

Ich glaube, die Debatte darüber, wohin etwas führt und was wir wollen, viel wichtiger ist als die Debatte darüber, dass es ein Etikett gibt. – Dann kommen wir zu dem Punkt, wie wir mit der Frage des Antisemitismus umgehen. Da bleibe ich bei der Position: Es muss entschieden werden anhand der konkreten Aussage, anhand der konkreten Handlung, was es ist und was es nicht ist. Denn das Problem, das die Jerusalem-Erklärung unzureichend versucht hat, zu beantworten, ist doch Folgendes: In den Vereinigten Staaten gab es eine Debatte, dass man Israel gar nicht mehr kritisieren kann. Sie können die Zeitungsartikel nachlesen. Das war eine Debatte, die das Argument des Antisemitismus vorgeschoben hat, um ein anderes Problem zu behandeln. – Ich glaube, das teilen wir nicht. Ich habe es im Plenum gesagt: Wenn jemand sagt, er löscht seinen Gegner mit Drohnen aus, dann ist es mir völlig egal, ob es ein amerikanischer oder ein israelischer Präsident ist. Da bin ich vielleicht ein bisschen zu links.

Wenn jemand sagt, der jüdische Staat muss angegriffen werden, dann ist die Grenze für mich überschritten. Ich bin da nicht gerade großzügig. Aber wenn jemand sagt, die vertreiben Leute aus ihren Wohnungen in einem Willkürakt, dann hätte ich ein Problem, und das will ich offen sagen können. Da sind wir uns auch einig.

Genau dazwischen durchzukommen, das ist nicht so, dass man es mit Etiketten lösen könnte. Deswegen zucke ich immer, wenn einer sagt: Darauf steht „Boykottbewegung“, und schon sind alle antisemitistisch. – Ich glaube, da werden wir ein Schritt tiefer gehen müssen.

Abg. **Andreas Hofmeister:** Angesichts der Debatte, die wir im Plenum geführt haben – wobei ich zustimme: Nur fünf Minuten für so ein sehr differenziert zu betrachtendes Thema zu haben, das haben wir heute Morgen auch schon wieder erlebt, ist schwierig –, stelle ich fest, die Ministerin hat sich dort schon sehr klar positioniert. Das Existenzrecht Israels gehört natürlich zur Staatsräson. Auch das HMWK ist dem von Anfang an, als die Vorwürfe erhoben wurden, nachgegangen. Ich weiß es selbst, weil wir bilateral im Gespräch waren, da mich genau das auch beschäftigt hat, wie das weitergeht. Gleichzeitig wurde dort auch sehr klar, wo die Grenzen sind und wie man es einordnen kann. Die Fragen „Wo ist das konkrete Handeln?“, „Wo ist das konkrete Zeigen, des in Vorwürfen erhobenen, möglichen Antisemitismus?“ und „Wo kann man das greifen?“ sind bis heute noch nicht wirklich klar beantwortet. Hier in der Debatte hat man das auch gesehen. Ich danke auch ausdrücklich dem Landesbeauftragten Becker für die Einordnung.

Ich muss feststellen: Es ist vollkommen eindeutig, an Klarheit und der notwendigen Sensibilität seitens der Landesregierung mangelt es nicht. Dass das nicht mit einem Federstrich zu lösen ist, ist auch klar. Wir werden am 7. Juli vor Ort sein. Dann kann man sich bemühen, Einordnung von Kunstwerken jenseits von Antisemitismus vorzunehmen. Ich glaube, das wird eine spannende Erfahrung, weil jeder noch eine andere Sichtweise darauf hat.

Zu Punkt 12 hätte ich noch eine Nachfrage in Bezug auf die Gesprächsreihe. Es wurde nicht die Formulierung „abgesagt“ verwendet, sondern es wurde zunächst einmal ausgesetzt bzw. verschoben. Also so in dieser Art ist es kommuniziert worden. Insofern ist interessant – auch weil wir als Ausschuss am 7. Juli vor Ort sein werden –: Gibt es denn Erkenntnisse, ob es eine Neuauflage, einen neuen Anlauf geben soll, wo am Ende des Tages weitere Gesprächspartner, Podiumsteilnehmer einbezogen werden, um in der Debatte möglicherweise weiter zu kommen, ohne die documenta mit dieser Fragestellung für drei Monate zu überschatten, sodass alles andere in Hintergrund tritt?

Abg. **Dr. Stefan Naas:** Ich komme noch einmal zurück auf die Frage, die wir die ganze Zeit diskutieren: Ist das eine antisemitische Position, die dort von Einzelnen vertreten wurde? – Ich würde sagen ja. Sind das Antisemiten? Das ist schwieriger zu beantworten. Ich glaube aber, die Frage, die hier gestellt wurde, lässt sich beantworten. Deswegen frage ich mich, warum man sich da so schwertut; denn es sind antisemitische Positionen.

Dann wäre die Frage: Was folgt eigentlich daraus? – Da wäre die Frage: Hat man die Betroffenen – die gibt es auf Kuratoriumsebene, die gibt es unten auf der Künstlerebene – damit konfrontiert und sie aktiv gefragt, wie sie heute dazu stehen, ob sie daran festhalten und ob das nach wie vor ihre Auffassung ist? – Sie sind in einem besonderen Land. Sie stellen in einem besonderen Land aus. Wir haben eine besondere Sensibilität. Ich glaube, da sind wir uns einig. Insofern wäre das doch das Einfachste und Naheliegendste. Ich bin schon noch ein wenig verwundert, warum Sie so um diese Frage kreisen und sie in meinen Augen nicht klar beantworten. Die Konsequenz daraus wäre: Darf man deswegen nicht ausstellen? Was darf man dann ausstellen? – Diese Fragen haben Sie klar beantwortet. Antisemitische Kunstwerke wollen Sie nicht. Daraufhin hatte ich Sie noch einmal gefragt, wo Ihre Grenze liegt, woran Sie das erkennen wollen. Sie sind

dann im gleichen Dilemma. Eigentlich haben Sie die gleichen Schattierungen, die Sie an Differenzierung aufgemacht haben, dann auch wieder in der Interpretation des Kunstwerkes, auch wenn Ihnen die Antwort jetzt zunächst hilft, weil ein solches Kunstwerk noch nicht greifbar ist, wir kennen es noch nicht. Die Schwierigkeit, die Sie hier bei der Beantwortung der Gesinnung oder der Frage der Gesinnung haben, haben Sie genauso beim Kunstwerk.

Ministerin **Angela Dorn**: Ich habe verschiedene Fragen erhalten. Ich fange mit der Frage zu der Sorge des Zentralrats an, ob es einen Boykott israelischer Künstlerinnen und Künstler gibt. Diese Sorge nehmen wir natürlich sehr ernst. Der Eindruck ist entstanden. Der Eindruck ist bei den Beteiligten auch noch nicht ausgeräumt. Das macht uns noch mehr Sorgen, dass dieses Thema sozusagen da ist. Deswegen führen wir ganz viele Gespräche. Diese Gespräche führt Claudia Roth. Ich bin eingebunden im Hintergrund, aber diese Gespräche sind sehr wichtig. Die Antwort, die Ruangrupa darauf gibt, ist zum einen – das sehen Sie auch, wenn Sie die Pressemitteilung von Beginn an betrachten; für Realpolitikerinnen und Realpolitiker, die hier sitzen, ist das, glaube ich, schwierig nachzuempfinden –, dass die Künstlerinnen und Künstler von Ruangrupa alle nach Zeitzonen vorgestellt werden. Kein einzelner Künstler, keine einzelne Künstlerin wird dort so vorgestellt, dass er oder sie aus Staat xy kommt, sondern sie werden anhand ihrer Zeitzone vorgestellt. Die Kollektive, die dort eingeladen sind, und die künstlerischen Kuratoren lehnen staatliche Begriffe, wie wir sie als normal und in unserem Staatsgefüge für dringend notwendig erachten, ab. Deswegen haben sie ihre ganze Kunstform auch in deren Vorstellung darauf ausgerichtet, dass sie nach Zeitzonen vorgestellt werden. Das ist der Hintergrund, warum sie auf die Frage, wen sie eingeladen haben, erwidern: Ihr versteht unser Kunstkonzept nicht.

Dass das zu einem Problem führt, weil die Sorge des Zentralrats damit nicht aufgehoben ist, sehe ich ebenfalls als schwierig an. Ich kann aber nur weitergeben, wie da verschiedene Kommunikationsformen aufeinandertreffen. Mir ist wichtig, zu sagen: Es gibt jüdische Künstlerinnen und Künstler auf der documenta. Die gibt es. Aber auch darüber wird kein Buch geführt. Das wäre ehrlicherweise auch ein wenig schräg, wenn alle Religionen einzeln abgefragt würden. Von manchen weiß man es aber einfach schlicht.

Es gibt natürlich auch direkte Gespräche mit Ruangrupa. Die konnte ich selbst nicht persönlich führen, weil ich an Corona erkrankt war. Die Staatssekretärin war dabei, als Staatsministerin Claudia Roth ein Gespräch vor Ort geführt hat. Natürlich wurde da auch über verschiedene Wahrnehmungen gesprochen. Wie alle anderen Gesprächen aber auch waren diese intern und vertraulich. Die Frage von Brückenbildung – so erachten wir das gerade, wir haben gerade eine weit größere Aufgabe, Herr Abg. Naas, als einfach in einer Debatte den einen oder anderen ausfindig zu machen –, unsere Aufgabe ist im Moment weit größer. Unsere Aufgabe ist, dass es erhebliche Sorgen und Konflikte gibt und wir den Dialog wiederherstellen müssen. Genau an dieser Stelle möchte ich auch ganz deutlich sagen: Es gibt keinen Anlass – wir haben nichts in der Richtung mitbekommen –, anzunehmen, dass es eine bewusste Entscheidung gegen israelische Künstlerinnen und Künstler gab. Wir haben keinen Anlass, davon auszugehen. Ich habe aber auch keinen Gegenbeleg. Ich kann Ihnen nur sagen, dass die ein ganz anderes Konzept haben in dieser Frage.

Was ich aber auch sagen kann: Staatsministerin Claudia Roth war in Israel. Sie hat dort auch vereinbart, dass wir einen stärkeren Austausch zwischen Deutschland und Israel – gerade in Bezug auf Kunst von israelischen Künstlerinnen und Künstlern – fördern wollen, weil uns dieses Thema wichtig ist und weil auch wir oder ich selbst als Ministerin Sorgen wegen eines möglichen Boykotts von israelischen Künstlerinnen und Künstlern haben. Das wäre verheerend. Das müssen wir sorgfältig anschauen. Ich kann nur deutlich machen: Wir hatten bei der documenta noch nie eine Künstlerin, einen Künstler aus Indonesien. Wir haben im Moment sehr viele Künstlerinnen und Künstler aus Ländern, die vorher noch nie auf einer documenta waren. Das ist das Konzept der documenta. Es sind tatsächlich Künstlerinnen und Künstler aus dem globalen Süden. Auch das möchte ich betonen. Es gibt auch Hintergründe, warum es dieses Mal einen anderen Fokus gibt. Es ist auch nicht so, dass es die einzige Kunstaussstellung ist, bei der kein israelischer Künstler, keine israelische Künstlerin vertreten ist. Das gilt auch für die Biennale und andere. Insofern müssen wir da auch ein wenig schauen.

Ich nehme die Sorge ernst. Die Debatte führt auch verstärkt zu dieser Sorge. Gleichzeitig habe ich aber keinen Beleg dafür, dass es auf der documenta einen solchen Boykott gibt. Das ist mir auch wichtig zu betonen.

Zu der Frage, dass es schade ist, dass die Podien abgesagt worden sind. Sie sind noch nicht abgesagt, sie sind erst einmal verschoben. Sie sollen – das hatte ich auch vorgetragen, das ist auch der Plan der documenta – in einer anderen Form weitergeführt werden. Im Moment wollen die Menschen, mit denen ich gesprochen habe und die die Podien abgesagt haben, in dieser aktuell sehr aufgeladenen Situation nicht teilnehmen, aber ihr Bedürfnis zu reden ist groß. Natan Sznaider wird nach Kassel kommen. Ich kann Ihnen nur empfehlen, ihn dort zu erleben. Er hat z. B. eine ganz klare Haltung in der IHRA-Definition. Er sagt aber auch, er findet es wichtig, die andere Seite zu verstehen und im Dialog zu bleiben. In dieser Debatte gibt es unglaublich viele verschiedene Positionen, die wichtig sind, zu hören. Insofern wird der Dialog nicht abreißen – weder intern noch öffentlich.

Ich glaube, dass wir in der Fragestellung, wo anti-israelischer Antisemitismus beginnt, noch weiterkommen müssen. Wir müssen da dringend weiterkommen, und das nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch im ganz normalen Alltag. Dafür brauchen wir weiter Unterstützung aus der Wissenschaft. Wir brauchen weiter Unterstützung der israelischen Gemeinschaft. Ich bin froh, dass es dieses Ringen gerade gibt. Ich bin auch froh um eine öffentliche Debatte zu diesem Thema. Das ist unglaublich wichtig. Natürlich gibt es welche, die sich dazu schon klar positioniert haben. Das ist gut. Das ist völlig in Ordnung. Aber ich sehe, dass es noch eine Menge Fragestellungen gibt, die noch weiter miteinander erörtert werden müssen. Genauso sollte es weitergehen.

Herr Abg. Naas, wenn ich Sie gerade richtig verstanden habe, dann wollen Sie, dass ich nun einzelne Künstlerinnen und Künstler auslade, weil sie eine Resolution der BDS – –

(Abg. Dr. Stefan Naas: Nein! Ob Sie mit Ihnen gesprochen haben, habe ich gefragt! Das ist wirklich entstellend jetzt! Ob Sie mit Ihnen gesprochen haben, war die Frage! Sie können es später im Protokoll nachlesen! Ich habe von Ihnen nicht verlangt, dass Sie jemanden ausladen!)

– Gut, aber Sie haben deutlich gemacht, es gibt antisemitische Positionen – das ist doch klar –, die von Einzelnen vertreten werden. Was ich Ihnen sagen kann, ist: Die Beteiligten haben sich nicht von ihrer Position distanziert, die sie unterschrieben haben.

(Abg. Dr. Stefan Naas: Haben sich nicht distanziert? Das wissen Sie? Hat man mit Ihnen gesprochen? Das war meine Frage!)

Ich habe nicht mit jedem einzelnen der verschiedenen Beteiligten gesprochen, nein. Die Landesregierung hat mit den betroffenen Künstlerinnen und Künstlern gesprochen. In dem Gespräch hat niemand gesagt, dass er heute anders zu den Resolutionen steht. Ich persönlich werde auch noch das Gespräch führen. Mir war aber sehr wichtig, dass ich in der Reihenfolge zunächst mit den Personen spreche, die sich gerade sorgenvoll äußern. Mir war es sehr wichtig, zunächst diese Stimmen zu hören und dann weiter zu sprechen. Trotzdem frage ich Sie: Was ist denn die Konsequenz? Was ist aus Ihrer Sicht die Konsequenz? Sie haben hier alle Zeit der Welt, Herr Abg. Naas, genauso lange zu reden wie ich und länger. Was ist denn die Konsequenz, wenn einzelne Personen weiterhin zu der Resolution stehen, die sie getätigt haben? Was ist denn Ihre Position, wie damit umgegangen werden soll? Ich habe deutlich gemacht, was nach meiner Meinung wichtig ist.

(Abg. Dr. Stefan Naas: Alles differenzierter sehen!)

– Nein, Sie machen es sich extrem leicht, Herr Abg. Naas. Ich habe deutlich gemacht, dass es aus meiner Sicht – der Antisemitismusbeauftragte Becker hat es eben auch deutlich gemacht – das eine ist, wie die BDS-Bewegung zu bewerten ist, und das andere sind einzelne Künstlerinnen, Künstler und einzelne Personen. Dafür muss man den Kontext kennen. Dafür muss man wissen, was es für weitere Äußerungen gibt, wie die Person dazu steht. Die Personen haben verschiedene Äußerungen vorgebracht. Man müsste sich alle Äußerungen dieser Künstlerin, dieses Künstlers ansehen und einzeln ins Gespräch mit ihnen treten. Dann könnte man entscheiden, ob diese Person antisemitisch ist. Dann könnte man das tun. Was Sie verlangen, ist, wenn einzelne Künstlerinnen und Künstler – –

(Zuruf Abg. Dr. Stefan Naas)

– Herr Abg. Naas, Sie setzen sich hier hin und sagen, wir handeln nicht und würden nicht klar Position beziehen. Was ist denn Ihre Konsequenz daraus, wenn einzelne Künstlerinnen und Künstler der documenta weiter an der Resolution festhalten? Das würde ich gerne von Ihnen erfahren.

Abg. **Robert Lambrou**: Ich hatte eine konkrete Frage gestellt, ob es zu irgendeinem Zeitpunkt, seitdem die Vorwürfe bekannt sind, die Idee gab, dass die documenta, um ein Zeichen zu setzen, kurzfristig einen israelischen Künstler einlädt. Ich verstehe die Komplexität und Schwierigkeit der Debatte um die antisemitischen Vorwürfe. Ich sehe aber auch die Aussage des Zentralrats der Juden, der ganz klar sagt: Hier müssen klare Handlungen her. – Eine klare Handlung wäre es, einen jüdischen – keinen jüdischen –, einen Künstler aus Israel einzuladen, weil die BDS-Bewegung gerade die Boykottierung Israels zum Ziel hat. Gab es diese Idee seitens der Ministerin, von

Herrn Becker, seitens der documenta? Eigentlich ist das eine ganz einfache Idee. Wenn mir der Vorwurf gemacht wird, ich würde Antisemiten unterstützen, dann kann ich ein ganz klares Zeichen dagegensetzen, indem ich sage: Gut, dann laden wir kurzfristig einen Künstler aus Israel ein.

Abg. **Dr. Stefan Naas**: Jetzt bin ich mehrfach direkt angesprochen worden. Ich will das einmal wie folgt beantworten: Frage 4 würde ich mit ja beantworten. Ja, das sind antisemitische Positionen. Ich habe Ihnen das auch schon angedeutet. Das sehe ich. Dann ist doch die entscheidende Frage, wie wir damit in Zukunft umgehen. Nach dieser documenta wird die nächste kommen. Sie sind hier auch mehrfach gefragt worden, wie das mit dem Dialog aussieht. Irgendwann läuft die Diskussion aus, aber dann kommt die nächste Ausstellung. Insofern brauchen wir da schon eine klare Positionierung. Das Panorama haben Sie voll aufgezeigt. Es ändert auch nichts daran, wenn Sie die Frage umdrehen. Ich glaube, Sie machen es sich da am Ende doch sehr leicht.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Ministerin Angela Dorn)

Sie beantworten die Frage nicht, auch das ist eine Beantwortung. Sie werden noch einmal an die Beantwortung herantreten müssen. Sie werden irgendwo eine Grenzlinie ziehen müssen. Dann können wir darüber streiten, ob sie bei Künstler A überschritten ist oder bei Künstler B vielleicht nicht, ob Sie zuzusagen das ganze Leben in den Blick nehmen müssen oder ob eine Unterschrift über eine entscheidende harte Position, die auch heute nicht relativiert wird – wäre auch ein Ausweg – oder sich nicht davon distanziert wird, ausreicht. Ich sage das noch einmal: Das ist Ihre Aufgabe. Es ist nicht meine Aufgabe als Abgeordneter, jeden einzelnen der fünf Künstler in den Blick zu nehmen. Ich habe eine private Auffassung dazu. Sie sind letztendlich die Schirmherrin – nicht technisch gesprochen – dieser Ausstellung. Sie findet in Hessen statt. Sie findet mit einer Landesbeteiligung statt. Das Thema wird wiederkommen.

Ministerin **Angela Dorn**: Ich freue mich, Herr Abg. Naas, dass ich jetzt durch Ihren Wortbeitrag erfahren habe, dass Sie die Künstlerinnen und Künstler für diese Ausstellung nicht ausladen wollen würden, auch wenn Sie den BDS-Aufruf als antisemitisch beurteilen.

(Abg. Dr. Stefan Naas: Das habe ich so nicht gesagt!)

– Dann habe ich es immer noch nicht verstanden, was dann Ihre Position ist. Sie haben nämlich gemeint, für die nächste documenta müssen wir daraus lernen. Dazu könnte ich Ihnen tatsächlich auch etwas sagen, an welchen Prozessen ich dort zugange bin. Zumindest ist es, glaube ich, in Ihrem Wortbeitrag deutlich geworden, dass Sie Ihre Haltung über eine Entscheidung für die jetzige documenta noch nicht geäußert haben.

Ich habe mit dem Demokratiezentrum in Marburg auch darüber gesprochen, dass es insgesamt – ich finde, der Beitrag von Herrn Becker hat das sehr deutlich gemacht – um eine Sensibilisierung, eine differenzierte Betrachtung und auch um eine Professionalisierung von Kultureinrichtungen

geht, um antisemitische Strukturen zu verstehen und das insbesondere im Bereich von anti-israelischem Antisemitismus. Aus meiner Sicht gibt es in der BDS-Bewegung viele Beteiligte, die anti-israelischen Antisemitismus propagieren, ihn salonfähig machen wollen und die extrem gefährlich sind.

Insofern ist es sehr wichtig, dass auch die documenta als internationale Kunstausstellung wie viele andere Kultureinrichtungen die Möglichkeit hat, sich auf diesem Feld vorzubereiten und zu sensibilisieren. Ich habe in den vielen Gesprächen, die ich geführt habe, niemanden gehört, der gesagt hat, dass für ihn eindeutig ist, dass diese Künstlerinnen und Künstler antisemitisch sind und deswegen von der documenta ausgeladen werden müssen. Das hat im Moment keiner der Expertinnen und Experten gesagt. Das zeigt mir, dass wir auf dem richtigen Weg sind, dass wir weiter im Dialog sind, dass wir sensibilisieren, dass wir genau hinschauen und in dieser Debatte versuchen, die ganz wichtige Perspektive, die wir als Landesregierung verteidigen, nämlich dass das Existenzrecht Israels Teil der Staatsräson ist und warum das so ist, weiter groß hervorzuheben. Ich werde dieses Thema in den Gesprächen mit den Beteiligten immer wieder benennen.

Ansonsten hätte ich tatsächlich eine Bitte für die documenta, dass die Künstlerinnen und Künstler die Möglichkeit haben, dass ihre Kunstwerke, ihr Grundgedanke als Kollektiv, wie sie die Gesellschaft sehen, was sie uns mit der Metapher der Reisscheune weitergeben wollen, mit dem Gemeinwohl, der Stiftung von Frieden und gemeinsamen neuen Gesellschaftsansätzen, eine Chance bekommt, auf der documenta auch wahrgenommen zu werden. Wir können auf die größte internationale Ausstellung von gegenwärtiger Kunst stolz sein. Sie war schon immer proaktiv. Sie hat schon immer angeeckt. Sie hat uns schon immer irritiert. Das ist auch gut so. Dafür sind Kunst und Kultur da. Es gibt Grenzen von Provokation. Beim Antisemitismus ist definitiv eine Grenze erreicht. Aber als Kulturpolitikerin bitte ich darum, die Freiheit auch immer wieder zu verteidigen und auch auszuhalten, dass es an manchen Stellen auch Fragen gibt, die man nicht anhand von einfachen Kategorien in schwarz und weiß trennen kann, sondern da braucht es den Dialog, da braucht es den Austausch, da braucht es die gesellschaftliche Debatte. Insofern sollten wir die documenta als Ganzes betrachten, ihr die Chance für ihre Kunst geben. Das Thema Antisemitismus wird uns auf der documenta weiter begleiten. Wir werden es weiter begleiten. Wir werden weiterhin in Gesprächen sein. Mein größtes Ziel ist übrigens tatsächlich, mit den Personen intern eine höhere Verständigung zu erreichen, wie es weitergehen kann, wie wir aus diesem Prozess lernen können. Das empfinde ich als viel wichtiger, als hier in einer Sitzung einen Stab über dem einen oder anderen zu brechen.

Ich habe das vorhin, glaube ich, anhand der Frage der Zeitzonen deutlich gemacht. Sie denken nicht in diesen Kategorien. Die Auswahl der Künstlerinnen und Künstler nimmt das Kuratorium vor. Als Landesregierung nehmen wir tatsächlich keinen Einfluss. Aus unserer Sicht ist das ein wichtiges Prinzip mit Blick auf die Kunstfreiheit. Insofern ist mir keine Absicht bekannt, noch israelische Künstlerinnen oder Künstler einzuladen. Ich weiß auch nicht, ob es in Israel ein Kollektiv gibt, welches in diesen Kunstbegriff passt. Es tut mir leid, darüber habe ich tatsächlich keine Kenntnis, ob es eines gebe, was eigentlich noch fehlen würde. Aufgrund dieses ganz anderen Verständnisses sind mir zum jetzigen Zeitpunkt keine Absichten bekannt, noch explizit eine Jüdin, einen Juden oder ein jüdisches Kollektiv israelischer Nationalität einzuladen. So ein Anliegen ist

mir zurzeit nicht bekannt. Ich habe aber versucht, deutlich zu machen, weshalb sie in anderen Kategorien denken.

Abg. **Robert Lambrou:** Vielen Dank, Frau Ministerin. Die Frage war eine etwas andere, auch wenn ich diese Antwort ebenfalls sehr zu schätzen weiß. Die Frage war, ob Sie, Frau Ministerin oder Herr Becker oder die Leitung der documenta, zu einem Zeitpunkt, seitdem die Vorwürfe aufgekommen sind, die Idee hatten oder es Ihnen nahegelegt wurde, einfach einen Künstler aus Israel einzuladen. Noch einmal: Wenn mir der Vorwurf gemacht wird, ich würde Antisemitismus unterstützen, dann kann ich auch sehr gut ein klares Zeichen setzen, indem ich kurzfristig jemanden aus Israel einlade. Gab es diese Idee vonseiten des Ministeriums, vom Antisemitismusbeauftragten, das den Veranstaltern der documenta naheulegen. Für mich ist das eine naheliegende Idee, die, wenn man will – Künstlerkonzept hin und her –, man auch umsetzen kann. Gab es diese Überlegung, ein Zeichen pro-Israel zu setzen?

Abg. **Dr. Stefan Naas:** Ich dachte, wir hatten eigentlich ein Schlusswort gefunden, zwar nicht in meinem Sinne, aber ein Schlusswort ist ein Schlusswort. Gut, jetzt greifen wir die Diskussion noch einmal auf. Ich muss jetzt aber doch noch einmal eingreifen. Ob ich jetzt einen jüdischen Künstler einlade oder nicht, hat mit dem vorher diskutiertem herzlich wenig zu tun. Erstens gilt auch hier die Kunstfreiheit. Ich weiß vorher nämlich auch nicht, was ich am Ende bekomme. Zum anderen: Wie soll es das ausgleichen? – Wenn wir jetzt sagen, wir haben vier oder fünf Künstler, die antisemitische Positionen auf der documenta vertreten, aber wir dafür dann zehn israelische Künstler eingeladen haben, führt das, glaube ich, am Ende zu nichts. Da hat sich die Ministerin auch klar positioniert. Die entscheidende Frage in dem Zusammenhang war: Ist dahinter ein System? – Dieser Vorwurf ist erhoben worden. Darauf hat es eine Antwort gegeben. Dahinter steht wohl kein System. Damit ist die Sache für mich erledigt.

Abg. **Robert Lambrou:** Es macht Sinn, wenn ich vielleicht direkt auf Herr Dr. Naas antworte. Ich denke, dass das schon etwas miteinander zu tun hat. Das eine ist, den Vorwürfen nachzugehen, ob es hier Antisemitismus gibt. Das andere ist, dass man dem auch begegnen kann – nicht nur, aber auch –, indem man ein klares Zeichen pro-Israel setzt. Meine Frage ist, weil das aus meiner Sicht sehr wohl naheliegend ist, ob es Überlegungen gegeben hat. Man kann die Kunstfreiheit wahren und trotzdem der documenta sagen: Passt einmal auf. Was haltet ihr von der Idee? Wäre doch ein gutes Zeichen.

Ministerin **Angela Dorn:** Ich meine, ich habe diese Frage beantwortet, weil ich betont habe, dass die Auswahl der Künstlerinnen und Künstler künstlerische Freiheit ist und sich die Landesregierung dort nicht einmischt, weil genau das der Bruch wäre. Deswegen haben wir auch keine Initiative begonnen, der documenta naheulegen: Ladet doch bitte noch die oder den zur Kunstausstellung ein. – Das empfinde ich nicht als meine Aufgabe.

Was ich sagen kann, ist, dass Ruangrupa selbst auch den Kontakt z. B. zur jüdischen Gemeinde in Kassel sucht. Auch die haben das Bedürfnis, in den Dialog zu treten, um diesen Austausch zu schaffen, um auch eine Einordnung, dass einzelne von ihnen antisemitisch sind – sie weisen das weit von sich, sie sagen von sich selbst ganz klar, dass sie es nicht sind –, entgegenzutreten. Sie haben deswegen auch das Bedürfnis, in den Kontakt zu treten. Sie sind im Austausch. Aber auch da ist natürlich offen, ob diese Frage von Zeit zum Zuhören bis hin zur Verständigung gelingt oder ob es sozusagen ein weiterer Anfang in einem Dialogprozess ist, der am Ende einen Israel-Palästina-Konflikt hinter sich hat, der uns weltweit immer wieder Sorgen bereitet. Insofern ist es umso wichtiger, dass es in Kassel, in Deutschland und auch weltweit einen solchen, weiteren Verständigungsprozess gibt und wir an Stellen, wo Antisemitismus vorherrscht, dem ganz klar entgegentreten.

Beschluss:

WKA 20/42 – 10.06.2022

Der Dringliche Berichts Antrag gilt mit der Entgegennahme des Berichts der Ministerin im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst als erledigt.

Zuvor kam der Ausschuss überein, den Dringlichen Berichts Antrag in öffentlicher Sitzung zu beraten.

(einvernehmlich)

2. Verschiedenes

Kursorische Lesung Einzelplan 15

Abg. **Andreas Hofmeister** bedankt sich bei den Obleuten für die zeitnahe Rückmeldung zur Terminierung der kursorischen Lesung. Da beide vorgeschlagenen Termine grundsätzlich für alle Beteiligten einzurichten seien, spreche er sich sozusagen für ein verlängertes Plenum und damit für den 18. November als Termin aus. Er gehe davon aus, die kursorische Lesung werde in den Räumlichkeiten Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst stattfinden.

Beschluss:

WKA 20/42 – 10.06.2022

Die diesjährige kursorische Lesung zu Einzelplan 15 findet am Freitag, 18. November 2022, um 10 Uhr in den Räumlichkeiten des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst statt.

Wiesbaden, 30. Juni 2022

Protokollführung:

Vorsitz:

Maximilian Sadkowiak

Daniel May